



AfD Kreistagsfraktion; c/o S. Weirauch, Weidener Str. 63, 51515 Kürten

An den
Rheinisch-Bergischer Kreis
z.H. Herrn Landrat Santelmann
Am Rübezahlwald 7

AfD-Kreistagsfraktion Rhein-Berg
c/o Sebastian Weirauch
Weidener Str. 63
51515 Kürten
Tel.: 02268 90321
Mobil: 01578 3933563
E-Mail: fraktion@afd-rbk.de

51469 Bergisch Gladbach

10.02.2023

AfD-Antrag für die Sitzung am 01.03.2023 des Ausschusses POGIT "Laden von E-Fahrzeugen"

Sehr geehrter Herr Landrat Santelmann,

die AfD-Fraktion bittet den beiliegenden Antrag auf die Tagesordnung der o.a. Sitzung zu nehmen.

Antrag:

Der Kreistag möge beschließen, das Laden der kommunalen E-Fahrzeuge einzustellen, bis der deutsche Strommix dauerhaft einen Emissionsvorteil der Elektrofahrzeuge gegenüber Fahrzeugen mit fossilem Antrieb ermöglicht.

Begründung:

Die Regierungsparteien und Teile der Opposition sind der festen Überzeugung, dass CO₂ dem Klima schadet, und zu einer Gefahr für den Fortbestand der Zivilisation wird. Es herrscht die Ansicht, dass die Menschheit nur mehr ein begrenztes Budget zur Emission von CO₂ hat, ehe ein Kippunkt erreicht ist, der alle Maßnahmen zur Rettung des Klimas unwirksam macht, und zu einer unbewohnbaren Erde führt.

Die Regierungsfractionen und Teile der Opposition haben in den letzten Jahren eine Umstellung des kommunalen Fahrzeugparks von Dieselmotor betriebenen Fahrzeugen zu Elektrofahrzeugen veranlasst.

Die jüngste Entwicklung auf dem Energiemarkt hat, angetrieben von der Bundesregierung, dazu geführt, dass der deutsche Strommix mit enormem CO₂-Ausstoß verbunden ist, der durch die zu erwartende Abschaltung der verbliebenen Kernkraftwerke noch katastrophaler werden wird.

Ältere und neuere Studien zeigen nun, dass die CO₂-Bilanz von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen beim deutschen Strommix erheblich schlechter ist, als bei Antrieben mit fossilen Kraftstoffen.

Der deutsche Strommix wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern, deshalb bereitet die Bundesnetzagentur und die Bundesregierung eine Gesetzesänderung vor, dass das Laden von



E-Fahrzeugen bei Strommangellagen eingeschränkt werden kann. In solchen Fällen wäre die Daseinsvorsorge der Kommune nicht mehr gewährleistet.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass nach Art. 20a GG der Staat zum Klimaschutz verpflichtet ist, und zielt auf die Herstellung von Klimaneutralität. Da der Betrieb von Elektrofahrzeugen dem entgegensteht und Alternativen existieren, widerspricht er dem Grundgesetz. Die AfD-Fraktion beantragt nun, das Laden von kommunalen E-Fahrzeugen sofort einzustellen, um den Ausstoß von CO₂ zu mindern. Diese Maßnahme hat eine starke positive Klimarelevanz und soll andauern, bis der deutsche Strommix wieder einen Emissionsvorteil für Elektrofahrzeuge ermöglicht.

In unten verlinkter Grafik ist zu erkennen, dass im Dezember 2022 alle Elektrofahrzeuge der Kommune mit Kohle und Erdgas fuhren. Selbst die von den Grünen teuer beschafften E-Lastenräder fuhren mit Kohle. Über den Rest des Jahres ist die Situation nicht viel besser, und 2023 wird die Kernenergie noch durch Kohle ersetzt. Der Ausbau der Windenergie ist in weiter Ferne und wird auch künftig bei Windstille keine Energie liefern. Auch die Solarpaneele werden erst in den nächsten Jahren in größerer Zahl installiert werden und liefern in der Nacht ebenfalls keinen Strom.

Hinweise / Zusatzinformationen:

<https://jungfreiheit.de/wirtschaft/2022/diesel-klimafreundlicher-als-e-autos/>

https://afd-rbk-kreisfraktion.de/wp-content/uploads/2023/02/Einstellung_Laden_von-E-Fahrzeugen.png

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Waniczek
(Sachkundiger Bürger)

Sebastian Weirauch
(Fraktionsvorsitzender)